Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 43. Mittwoch, 20. Februar 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 40 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Jede Kürzung. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Nächtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der französische Franken fällt weiter.

Die Pariser Warenbörse geschlossen. — Nachtsitzung der französischen Kammer.

)(**Paris.** Der Polizeipräfekt von Paris hat die **Pariser Warenbörse bis auf weiteres geschlossen.** Der Grund der Maßnahme liegt in dem erneuten Frankensturz. Nach dem „Matin" schloß das Pfund an der Abendbörse mit 102,50 Franken, der Dollar mit 23,60.

)(**Paris.** Die Kammer hat in ihrer Nachtsitzung, die um 5 Uhr morgens noch andauerte, den Artikel 8 des Finanzgesetzes, der die **Erhöhung sämtlicher Steuern um 20 Prozent** vorsieht, nach Stellung der Vertrauensfrage durch die Regierung mit 315 gegen 254 Stimmen angenommen.

)(**Paris.** Die Kammer hat, wie bereits gemeldet, in einer um 9 Uhr abends begonnenen **Nachtsitzung die Beratung über die Finanzgesetze fortgesetzt.** Zu Beginn der Sitzung werden zwei neue kommunistische Amendements gegen die Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten zurückgewiesen. Hierauf wird ein Amendement Fougere, des Vorsitzenden der Untersuchungskommission für die befreiten Gebiete, beraten, das Gesetz über die 20prozentige Steuererhöhung nur dann in Kraft treten zu lassen, wenn die über die Kriegslieferungen abgeschlossenen Verträge einer Revision unterzogen würden. Abg. Daudet greift in die Debatte ein, was Poincaré zu der Erwiderung veranlaßt, die Theorie Daudets wolle die Gerechtigkeit in die Hände des Königs legen. Das sei nicht die republikanische Gerechtigkeit. Abg. Fougere beklagt sich darüber, daß der Senat seit dreieinhalb Jahren noch nicht Gelegenheit gefunden habe, ein Gesetz anzunehmen, das eine Nachprüfung der Kriegslieferungen verlange. Der Justizminister erklärt, warum der Senat noch nicht Gelegenheit gehabt habe, sich über dieses Gesetz auszusprechen. Man verlangt Schluß der Debatte, was lebhaften Widerspruch hervorruft. Poincaré selbst erklärt, was die Kriegslieferungen anbetreffe, so wisse die Kammer jetzt, woran sie sei. Es sei der Regierung gelungen, den Senatsausschuß zu einer Auffassung zu bekehren, die der der Kammer gleichkomme. Er möchte schnellstens das Finanzgesetz votiert sehen, deshalb stelle er die Vertrauensfrage gegen das Amendement Fougere. Das Amendement wird darauf mit 300 gegen 223 Stimmen abgelehnt. Der Abgeordnete Evain stellt hierauf den Antrag, daß in den sechs Monaten, die der Annahme des Steuergesetzes folgen, die Regierung verpflichtet sein solle, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einkommensteuer neu regelt. Der Justizminister weist diesen Antrag zurück.

Auch der Abg. Klotz beteiligt sich an der Debatte. „Man wirft uns vor," erklärt er, „Opposition zu machen und die Aktion der Regierung zu paralysieren. Wenn dem so ist, dann brauchen wir ja nur noch Amendements zu prüfen, die von der Mehrheit ausgehen. Ich erkläre im Namen einiger Freunde, daß wir in diese unfruchtbaren Debatten nicht mehr eingreifen werden. Ich glaube, wir haben gut daran getan, über wichtige Fragen genaue Aufklärung zu verlangen. Wir haben die Schlacht über die Ermächtigungsgesetze und die Steuererhöhung verloren." Zu dem Redner gewendet, der zu den Friedensunterhändlern gehört, erklärt der Abgeordnete Emanuel Brosse, der große Fehler, der bei den Verhandlungen in Versailles begangen worden sei, bestehe darin, daß die Beziehungen zwischen Franken und Dollar nicht festgesetzt worden seien. Auf Verlangen des Finanzministers zieht der Abgeordnete Evain seinen Antrag zurück mit dem Vorbehalt, daß die Steuererhöhung als Provisorium zu betrachten sei. Nach einem neuen Abänderungsantrage des Abgeordneten de Gailhald-Bancel soll die Steuererhöhung nur nach Durchführung von 500 Millionen Ersparnissen und Eingang sämtlicher rückständiger Steuern eingezogen werden. Finanzminister de Lasteyrie erklärt hierauf: Ich bin fest entschlossen, die Steuer raschestens einzuziehen und die Ersparnisse unverzüglich durchzuführen, aber ich kann einen Antrag in dieser Form nicht annehmen. Der Finanzminister verlangt Absetzung des Antrages de Gailhald-Bancel, die mit 308 gegen 286 Stimmen beschlossen wird. Hierauf beantragt ein Kommunist, in das Gesetz einzufügen, daß eine besondere Steuer denjenigen Abgeordneten auferlegt werde, die Geschäfte machten. Der Abgeordnete verliest aus einem Buche die Aufsichtsrats- und sonstigen Stellen, die Abgeordnete innehaben. Sein Amendement wird abgelehnt.

)(**Paris.** Die Nachtsitzung der Kammer ist erst um 6 Uhr morgens zu Ende gegangen. Wie es scheint, sind bis einschließlich Artikel 31 alle Artikel gemäß dem Entwurf der Regierung angenommen worden. Der Berichterstatter des Finanzausschusses Bokanowski stellte zum Schluß der Sitzung fest, daß **der Gesamtbetrag der bis jetzt bewilligten Steuern sich auf 4780 Millionen Francs belaufe.** Der Artikel 8 wurde nach einer teilweise sehr erregten Debatte mit einer kleinen Textänderung angenommen. Die Annahme des Artikels läßt jedoch auch eine Ausnahme zu, was den Abg. Klotz zu der Bemerkung veranlaßte, es sei absurd, eine Steuer und zugleich die Ausnahme zu bewilligen, ohne zu spezialisieren, um was es sich handele. Man dürfe daher eigentlich über diesen Artikel erst abstimmen, wenn man wisse, welche Ausnahmen zugelassen seien. Der angenommene Artikel hat folgenden Wortlaut: „Ueber die im Gesetz vom 28. Dezember 1923 bewilligten Einnahmen hinaus wird **eine 20prozentige Erhöhung sämtlicher Steuern und Abgaben** zu gunsten des Staates entsprechend den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes und unter Vorbehalt der darin vorgesehenen Ausnahmen erhoben."

Die Fortsetzung der Beratung wurde hierauf auf Mittwoch nachmittag verschoben.

Poincarés Rücktritt gefordert.

)(**Paris.** Die **Erregung der französischen Oeffentlichkeit über den erneuten Sturz des Franken ist ungeheuer groß.** Die Blätter aller Parteirichtungen machen keinen Hehl aus dem Ernst der Lage. Rücksichtslos fordert die Linkspresse die Regierung zum Rücktritt auf und fügt hinzu, es wäre besser, wenn auch die Kammer sofort mit verschwinden würde. In maßgebenden Bankierkreisen wird erklärt, um den Frankensturz besser zu bekämpfen, sei die Auflegung einer großen nationalen Anleihe unerläßlich. Die Rückführung französischer Guthaben aus dem Auslande, die man auf mehrere Milliarden schätzen könne, müsse so schnell wie möglich erfolgen. Nicht zuletzt trage der Egoismus der Alliierten die Schuld an der Katastrophe. Die Alliierten hätten bereits 4—5 Monate nach dem Waffenstillstand die Finanzabkommen mit Frankreich gekündigt. Nicht zuletzt seien sie deshalb verantwortlich für den ungeheuren Sturz des Franken.

Die englische Presse zum Frankensturz.

)(**London.** Das anhaltende Fallen des Frankenkurses wird viel beachtet. Die Presse unterstreicht die in Frankreich darüber herrschende Besorgnis.

Westminster Gazette schreibt in einem Leitartikel, der neue Sturz des Franken sei ganz offenbar auf die Ueberzeugung des Auslandes zurückzuführen, die geplanten Maßnahmen der französischen Regierung zur Sanierung der Finanzlage des Landes würden sicher so beschnitten werden, daß Hoffnungen unangebracht seien. Eine Nation könne ebensowenig wie eine Einzelperson andauernd mehr ausgeben als einnehmen, ohne dem Bankerott näherzurücken. Dies sei aber die Lage Frankreichs im Augenblick. Es müsse also Geld von irgendeiner Seite erhalten, sonst werde seine Devise weiterhin fallen, werden die Preise entsprechend steigen, bis sich das Volk gegen die Regierung wende. Frankreichs äußerste Not sei jedoch „Englands Gelegenheit", und Macdonald erkenne zweifellos die Möglichkeiten der Lage. Wenn die Sachverständigenausschüsse Bericht erstattet hätten, werde man wahrscheinlich sehen, ob das Mittel sofortiger Geldzahlungen, das allein Frankreich retten könne, in der Ausgabe einer großen internationalen Anleihe bestehen werde, und wenn man dem gemäßigten Ton der französischen Presse glauben könne, so seien seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Aussichten auf eine vernünftige Regelung niemals größer gewesen als heute.

Reichsregierung und Frankensturz.

Die französischen Währungsschwierigkeiten werden in Deutschland mit gemischten Gefühlen verfolgt. Während einerseits die Schadenfreude erkennbar ist, sieht man andererseits diese Vorgänge lediglich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus und hegt ernste Befürchtungen wegen der Rückwirkungen auf Deutschland. Aber auch politisch muß der französische Währungsverfall beachtet werden. Es verdient deshalb Interesse, die Auffassung der Berliner Kreise kennen zu lernen: Der neue heftige Sturz des französischen Franken wird in Kreisen der Reichsregierung **keineswegs mit Befriedigung, sondern sehr mit Besorgnis betrachtet.** Man glaubt, Poincaré und die nationalistischen Kreise Frankreichs gut genug zu kennen, um Grund zu der Befürchtung zu haben, daß die französische Regierung in dem Frankensturz nicht etwa einen Anlaß finden wird, sich bei den schwebenden Verhandlungen besonders nachgiebig und versöhnlich zu zeigen. Vielmehr ist es wahrscheinlicher, daß Poincaré aus der innerpolitischen Bedrängnis einen Ausweg sucht durch einen neuen Vorstoß in der Außenpolitik, der es ihm erlauben würde, die nationalistischen Instinkte der Kammer aufs neue zu entfesseln und die Mehrheit auf seine Seite zu bringen. Man befürchtet vor allem, daß in irgend einer Form der Gedanke der unbedingten französischen Vorherrschaft in Pfalz und Rheinland wieder in den Vordergrund tritt und daß die Antwort auf die Vorschläge der Sachverständigen in der Forderung nach sehr weitreichenden Wandern gipfelt, die einen **schweren Eingriff in die Souveränität Deutschlands** bedeuten würden. Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, in der nächsten Zeit nur vorsichtig zu operieren und keinen Schritt zu tun, ohne sich des Einverständnisses Englands und Italiens vorher zu versichern.

Der Sturz der ungarischen Krone.

)(**Budapest.** In der Nationalversammlung betonte der **Finanzminister bei Begründung der vorgeschlagenen Maßnahmen gegen den Kronensturz,** es müsse eine einheitliche Front im ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zur Verhinderung der Angriffe auf die Krone gebildet werden. Die Sanierung der Finanzen beruhe auf dem sehr einfachen Grundsatz, daß jeder sich nach seiner Decke strecken müsse. Die staatlichen Einnahmen müßten erhöht, die Ausgaben eingeschränkt werden. Das Grundübel der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Europas sei, daß die einfache Wahrheit, daß 2 mal 2 gleich 4 ist, nicht genügend geachtet werde und man das Wirtschaftsleben mit Kunststücken kurieren wollte. Unter heftigem Widerspruch der Opposition stellte der Finanzminister fest, daß, wenn auch langsam, große Schritte nach vorwärts getan würden. Die Möglichkeit, unter Mitwirkung des Völkerbundes das Finanzprogramm zu verwirklichen, sei in naher Sicht. **Die Regierung habe alles unternommen zur Rettung der Krone.** Hätten die Leute Einblick hinter die Kulissen, so würden sie ihren Glauben an die Krone wiedergewinnen, welchen sie in der Panikstimmung der letzten Zeit verloren haben. Die Panik **der letzten Tage sei um so weniger begründet, als das ungarische Geld ein Produkt des ungarischen Wirtschaftslebens sei, das gesund sei.** Der Minister besprach sodann insbesondere die Bestimmungen des von ihm eingereichten Entwurfs über die Valorisation des Kredits beim Noteninstitut. Diese Ausführungen wurden nicht nur von den Linksradikalen, sondern auch von den Vertretern der nationalen Minderheiten durch fortwährende Zwischenrufe gestört, die darauf verwiesen, daß die Vorlage schon längst hätte vorgelegt werden müssen und schon eine verspätete Maßnahme darstelle. Demgegenüber betonte der Finanzminister, daß seine Verordnungen eine günstige Lage schaffen würden und mit der Stabilisierung der Kronennote einhergehen. Die Notierungen der Devisenzentrale würden ihre Bedeutung verlieren und diese Organisation gänzlich umgestaltet werden. Der Minister fordert, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sofort in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Der Reichskanzler und die Parteiführer.

WTB. Der Reichskanzler hielt gestern vormittag mit den Parteiführern der Koalitionsparteien und hierauf mit den sozialdemokratischen Führern **Besprechungen** ab, die **der parlamentarischen Lage** galten. Am Nachmittag folgten gleiche Besprechungen mit den Führern der deutschnationalen Fraktion. — Ueber die parlamentarische Lage erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen, daß die Reichsregierung die von ihr auf dem Wege der Verordnung getroffenen Sanierungsmaßnahmen als ein Ganzes betrachtet; sie würde die Durchbrechung dieser Maßnahmen durch Aufhebung irgend einer Verordnung nicht ohne weitere Konsequenzen hinnehmen. Allenfalls hält die Regierung die Abänderung dieser oder jener Maßnahme durch ein besonderes Gesetz für möglich. Es wird allerdings damit gerechnet, daß ein Verlangen nach Aufhebung irgend welcher Verordnung doch von einer größeren Partei gestellt werden könnte.

Die gestern begonnenen Verhandlungen über die parlamentarische Lage im Reichstag zwischen dem Reichskanzler und den einzelnen Fraktionsführern werden ihren Abschluß erst am Freitag in einer Sitzung des Aeltestenrats finden, in dem alle Parteien gemeinsam beraten. Im Vordergrunde der Verhandlungen steht die **Abänderung oder gänzliche Beseitigung dieser oder jener Notverordnung** der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Die Sozialdemokraten haben in ihrer gestrigen Fraktionssitzung die Notverordnungen ihren Fachausschüssen zur Vorbereitung von Anträgen übergeben, die vielleicht schon heute beim Reichstag eingebracht werden können. **Der Reichskanzler hat in den Besprechungen verlangt, daß mindestens nicht durch neue lange Ausschußberatungen im Reichstag die Entscheidung über die Notverordnung noch länger verzögert wird.**

Beamtenvertreter beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing gestern mittag die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zu einer Aussprache **über die wichtigsten schwebenden Beamtenfragen.** Es wurden insbesondere die Wünsche und Beschwerden über die Personalabbauverordnungen und ihre Durchführung, über die Dienstzeit- und Urlaubsregelung und über die Besoldung vorgetragen. Der Reichskanzler schilderte in eindringlichen Worten den außerordentlichen Ernst der innen- und außenpolitischen Lage. Er sagte den Spitzenorganisationen zu, die Beschwerden zu prüfen, insbesondere die Frage der Schaffung einer Schiedsstelle für den Personalabbau zu erwägen und den Wünschen im Rahmen des finanziell Möglichen zu entsprechen.

)(**Berlin.** Die vom Reichsministerium des Innern geführten Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Kürzung des Urlaubs der Beamten sind dem Tageblatt zufolge einstweilen vertagt worden, da die Beamtenvertreter genaue Angaben zu haben wünschten, was für effektive Ersparnisse der geplante Urlaubsstrich zeitigen würde. Von der Eisenbahn ist unterdessen festgestellt worden, daß man bei einer Kürzung des Urlaubs um eine Woche eine jährliche Ersparnis von 18 Millionen Goldmark erzielen könnte.

Um den Hitlerprozeß.

)(**München.** Zu dem bevorstehenden Hitlerprozeß wird der „M. A. Z." eine Zuschrift gesandt, in der es u. a. heißt: Preßnotizen, Druckschriften und andere Faktoren sind bereits am Werke, eine Sensationsatmosphäre für den kommenden Prozeß zu schaffen. Angesichts dieser Entwicklung muß im vaterländischen Interesse dringend der Mahnruf erhoben werden: Abkürzung des Prozesses, völkische Versöhnung und Zusammenarbeit unter Verflüchtigung des vaterländischen Gedankens und loyaler staatsbürgerlicher Unterordnung. **In dem Prozeß muß europäisch gedacht werden.** Oder soll das Ausland noch eine endlose Reihe weiterer Schaustücke deutscher Erniedrigung zu sehen bekommen? Die Auslandspresse müsse beim Hitlerprozeß von der Berichterstattung strikte ausgeschlossen werden; das erfordere Staatsklugheit und nationale Würde. Nur so können fehlerhafte und verfärbte Prozeßberichte für die Auslandspresse zurückgehalten werden.